

Dringliche Motion Lydia Riesen/Dieter Beyeler (SD): Öffnung der Polizeiwache Bern-Bahnhof, zur Anzeigeaufnahme, auch sonntags!

Aus den Medien muss einmal mehr entnommen werden, dass die viel gerühmte Bürgernähe der Stadtpolizei Bern alles andere als kundenfreundlich oder bürgernah ist.

Schon wieder wurden an einem Sonntag Überfallene daran gehindert Anzeige zu erstatten, bzw. abgewiesen. Offenbar ist in der Gemeinde Bern das Sparen wichtiger, als Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen zu schützen. Dass somit aus Spargründen alle dem Bürger bestens bekannten Polizeiwachen geschlossen wurden, ist sehr unglücklich, schlecht überlegt und kaum nachvollziehbar.

Beinahe unglaublich ist, dass es sich die Gemeinde Bern im Jahr 1999 leisten konnte, infolge der Einführung von „Apollo“, die Polizeiwache im Bahnhof vorerst zu schliessen, später jedoch auf Bürgerdruck nur noch auf „Sparflamme“ zu öffnen.

Im Bahnhof Bern herrscht seit Jahren ein stark frequentierter Durchgangsverkehr mit mehr als 100'000 Personen täglich! Jedoch eine Anzeigeaufnahme am Sonntag, gleich zu welchem Delikt, ist heute nicht möglich. Dass dieses Vorgehen nicht nur von unserer Bürgerschaft, sondern auch von anderen sehr grossen Polizeicorps nicht begriffen werden kann, ist mehr als nur verständlich.

Bei allem Verständnis für einen behutsamen Umgang mit den Finanzen, muss der Sicherheit der Menschen erste Priorität zugesprochen werden.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat beauftragt, folgende Massnahmen einzuleiten und umzusetzen.

Ab sofort soll wenigstens die Polizeiwache Bern-Bahnhof personell entsprechend verstärkt werden, damit eine Anzeigeaufnahme auch an Sonn- und Feiertagen für einen überfallenen oder gefährdeten Bürger wieder möglich wird.

Begründung der Dringlichkeit

Wegen den unhaltbaren Zuständen die zur Zeit herrschen, kann der Bevölkerung ein weiteres Zuwarten nicht zugemutet werden.

Bern, 1. Dezember 2005

Dringliche Motion Lydia Riesen/Dieter Beyeler (SD), Ernst Stauffer, Thomas Weil, Reto Nause, Beat Schori

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.